



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Rechtssicherheit für Betreiber freier WLAN-Netze herstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert im Bundesrat

1. die Initiative der Länder Hamburg (Drs. 20/2831) und Berlin (Drs. 17/255) zu unterstützen, die eine Rechtssicherheit für so genannte WLAN-Betreiber herstellen soll, indem solche mit Dienst Anbietern nach § 8 Telemediengesetz (TMG) gleichgestellt werden;
2. im Zuge dieser Unterstützung auch Lösungen von der Bundesregierung einzufordern, die eine rechtliche Voraussetzung zur Authentisierung von Nutzern ausschließt.

### **Begründung**

In den letzten Jahren häufen sich Beschwerden von Privatpersonen und WLAN-Betreibern über Abmahnforderungen, besonders zum Urheberrecht, die teilweise nachweislich die angemahnten Urheberrechtsverstöße nicht begangen haben. So werden diese zum Handlungsstörer, oft ohne besseres Wissen, während tatsächliche oder vermeintliche Belange juristisch nicht weiter verfolgt werden.

Dieses Problem der so genannten Störerhaftung führte bisher dazu, dass freie WLANs kaum betrieben werden, was eine moderne Café-Szene in größeren Innenstädten, freie WLANs in öffentlichen Einrichtungen oder flächendeckenden Freifunk verhinderte. In anderen Ländern Europas gilt die Störerhaftung nicht und freie WLANs sind dort wichtiger Teil der Netzinfrastruktur.

Die Störerhaftung wird bei aktueller Gesetzeslage von Gerichten noch unterschiedlich ausgelegt und eine höchstrichterliche Entscheidung steht aus. Eine frühzeitige Gesetzesgrundlage soll verhindern, dass weitere Urteile WLAN-Initiativen verhindern.

(Ausgegeben am 30.05.2012)

Die Bundesratsinitiativen aus Hamburg und Berlin gehen davon aus, dass eine Lösung mittels Authentisierung von Nutzern zustande kommen sollte. DIE LINKE sieht es als geboten an, auf solche politisch ohnehin unnötigen Maßnahmen zu verzichten, da eine solche geforderte Authentisierung u. U. dazu führt, dass öffentliche WLAN-Betreiber Nutzungskontrollstrukturen etablieren müssen, die dem Ziel, freien Zugang zu WLAN-Netzen anbieten zu können, im Wege stehen.

Wulf Gallert  
Fraktionsvorsitzender